Beschluss Bildung miteinander leben

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

Inklusion statt Ausgrenzung

Noch immer sind nicht alle Räume in Rheinland-Pfalz barrierefrei zu erreichen, sodass manche Menschen vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Wir fordern daher die Barrierefreiheit in Rheinland-Pfalz konsequent weiter auszubauen.

Durch viele Einrichtungen, die sich speziell an behinderte Menschen wenden, erfahren diese zwar eine auf sie abgestimmte Förderung, haben aber wenig Berührungspunkte mit dem Alltag anderer Menschen. Das beginnt schon in der Schule, wo behinderte Kinder von den anderen getrennt unterrichtet werden. Wir sind der Meinung, dass Inklusion eine Bereicherung für alle darstellt und fordern daher neue Inklusionskonzepte zu schaffen, die gleichzeitig die individuellen Bedürfnisse behinderter Menschen erfüllen und eine gleichberechtigte Teilhabe am Alltag der übrigen Bevölkerung ermöglichen.

Bildung ausreichend finanzieren

Die Schulen in Rheinland-Pfalz sind chronisch unterfinanziert, obwohl sie für unsere Gesellschaft eine prägende Institution darstellen und großen Einfluss auf zukünftige Generationen haben. Viele Schüler*innen haben täglich Zustände wie unhygienische Toiletten, Platzmangel oder überhitzte Arbeitsräume zu beklagen, bei denen jede*r Arbeitnehmer*in zurecht empört wäre.

Aus diesem Grund sollte für Renovierung und Modernisierung der Grundausstattung der Schulen in Rheinland-Pfalz mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem fordern wir die zeitnahe Angleichung der Lehrer*innengehälter der verschiedenen Schulformen. Die Arbeit einer Grundschullehrkraft ist genauso anspruchsvoll, wie die an einem Gymnasium und hat gleichwertige akademische Voraussetzungen.

Rheinland-Pfalz hat einen Mangel an Sozialarbeiter*innen an Schulen und anderen Einrichtungen. Das liegt zum Teil auch daran, dass es in Rheinland-Pfalz nur begrenzte Ausbildungsplätze für Sozialarbeiter*innen gibt. Wir fordern daher die Ausbildungsstätten für Sozialarbeiter*innen auszubauen und den Beruf der Sozialarbeiter*in zu fördern und so Anreize zu schaffen, auch nach der Ausbildung in Rheinland-Pfalz zu arbeiten.Gerade weil die Schulsozialarbeit eine immer wichtigere Rolle an Schulen einnimmt besonders im Hinblick auf immer mehr Ganztagsschul-Angebote, braucht es eine flächendeckende Versorgung von Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulformen. Dazu sollen die Fördermittel für kommunale Schulträger zur Finanzierung von Schulsozialarbeiter*innen-Stellen erhöht und verstetigt werden und neben der Stellenfinanzierung auch eine Förderung des Budgets der Schulsozialarbeiter*innen-Stelle enthalten, was frei für Projekte und Ausstattung der Schulsozialarbeit an den jeweiligen Schulen verfügbar sein kann.

Wir wollen günstigen Wohnraum fördern, insbesondere für Auszubildende und Studierende.

Die Wohnheime der Studierendenwerke in RLP sollen auch für Auszubildende geöffnet werden.
Die Studierendenwerke sollen bei der Schaffung von günstigem Wohnraum vom Land RLP angemessen finanziell unterstützt werden.

Modellschulen, an denen neue Lernkonzepte getestet werden, sollen noch stärker gefördert werden. Andere Schulen werden dabei unterstützt, erfolgreiche Konzepte selbst einzuführen.

Digitalisierung an Schulen endlich voranbringen

Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine gute digitale Ausstattung und digitales Know-How für Schulen und Lehrer*innen sind. Trotzdem können viele Lehrkräfte die digitalen Möglichkeiten nicht umfassend nutzen, sowohl für den normalen Unterricht als auch in der jetzigen Ausnahmesituation. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordern wir verpflichtende Fortbildungen zum Thema digitale Lehre und Medienkompetenz für alle Lehrer*innen in Rheinland-Pfalz. Zudem reicht es in der heutigen Zeit nicht mehr aus, einen Schwerpunkttag zum Thema Medienkompetenz zu veranstalten. Wir fordern, dass Medienkompetenz umfassend und nicht nur stichpunktartig an rheinland-pfälzischen Schulen vermittelt wird.
Digitalisierung umfasst auch digitale Lernmittel. Ergänzend zur Schulbuchausleihe muss das Land auch die Lizenzen für digitale Schulbücher erwerben und zur Verfügung stellen. Genauso braucht jede*r Schüler*in einer weiterführenden Schule einen eigenen Laptop/Tablet für den Unterricht. Das Konzept „Bring your own device“ lehnen wir ab, da es soziale Ungleichheiten fördert und der Lernmittelfreiheit widerspricht. Wer jedoch seine eigenen Endgeräte in den Unterricht mitbringen will, kann dies gerne machen.

Schule für die Schüler*innen und nicht für schnelle Noten

Das deutsche Schulkonzept stammt im Prinzip aus dem 19. Jahrhundert und wurde nie grundlegend reformiert. Das gesamte Schulsystem ist auf Leistungsdruck und schnelle, wenig nachhaltige Lernerfolge ausgelegt. Das Notensystem befördert dies zusätzlich. Wer vor einer Prüfung schnell alles lernt wird belohnt und nicht, wer über längere Zeit Interesse und Spaß hat, sich Dinge anzueignen.

Daher fordern wir bis zur Oberstufe die Abschaffung von Noten zugunsten der Einführung invidueller Lern- und Entwicklungsberichte, verbunden mit Selbsteinschätzungen.

Unser Schulsystem trennt Schüler*innen schon früh nach vermeintlicher Leistungsstärke. Dies wollen wir beenden. Gemeinsames Lernen ist wichtig und sinnvoll. Wir fordern daher die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems in Rheinland-Pfalz. Auf einer Schule für alle sollten Schüler*innen dabei unterstützt werden, ihre individuellen Interessen und Potenziale zu entfalten. Zudem soll es Schüler*innen ermöglicht werden, miteinander und voneinander zu lernen.Dazu gehören auch Lernkonzepte mit einem höheren Personalschlüssel um jede*n Schüler*in auch wirklich individuell zu fördern. Wenn all dies umgesetzt wird, ist auch das Sitzenbleiben wegen schlechter Leistungen überflüssig, denn Schüler*innen erlangen dann gemeinsam Lernerfolge.

Sexualkundeunterricht zeitgemäß gestalten

Aufklärung und Sexualkundeunterricht sind wichtig. Schüler*innen können sich jedoch dabei unwohl fühlen, einer Lehrkraft, die als Autoritätsperson

wahrgenommen wird und beispielsweise auch Noten vergibt, intime Fragen zu stellen. Aus diesem Grund fordern wir ein zusätzliches Angebot außerhalb des schulischen Sexualkundeunterrichts, bei dem die Jugendlichen ohne die Anwesenheit einer Lehrkraft die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen und in einem geschützten Raum Erfahrungen auszutauschen. Dabei müssen auch verschiedene queere Lebensidentitäten Raum finden und als genauso selbstverständlich wie Heterosexualität dargestellt werden.

Junge Menschen politisch bilden und ernst nehmen

Die Fridays for Future und Black Lives Matter Bewegungen haben gezeigt, wie politisch aktiv Jugendliche in Rheinland-Pfalz sind. Politisches Interesse beginnt nicht erst mit der Volljährigkeit und viele Jugendliche sind über Politik besser informiert als Erwachsene. Trotzdem haben sie in Rheinland-Pfalz bis jetzt keine Möglichkeit mitzubestimmen, wie ihre Zukunft aussehen soll. Wir unterstützen daher die Forderung nach einem Wahlalter 16 bei Kommunal- und Landtagswahlen. Jedoch ist jede Altersbeschränkung willkürlich und schwer mit dem Demokratieprinzip vereinbar, nach welchem alle Menschen ein Recht auf Mitbestimmung haben. Gerade Kinder brauchen ein Wahlrecht, um ihre Interessen in einer alternden Gesellschaft kenntlich machen zu können. Wir fordern daher die Abschaffung der Wahlaltergrenze. Bis zum vollendeten 14. Lebensjahr soll es zur Wahrnehmung des eigenen Wahlrechts notwendig sein, sich selbstständig und persönlich auf der jeweiligen Behörde in das Wähler*innenregister eintragen zu lassen.

Für eine lebendige Demokratie ist es aber wichtig, dass Kinder und Jugendliche schon früh eingebunden und ernst genommen werden. Wir fordern daher, dass Jugendbeteiligung zur Pflichtaufgabe für Kommunen wird. Jedes Kind oder Jugendliche sollte in seiner Schulzeit mindestens einmal in Jugendbeteiligung eingebunden werden.

Politik betrifft Menschen in jedem Alter, daher ist es wichtig, so früh wie möglich mit der politischen Bildung zu beginnen. Aus diesem Grund fordern wir Sozialkundeunterricht verpflichtend ab der 7. Klasse an allen rheinland-pfälzischen Schulen.

Hochschule und Forschung nachhaltig gestalten

Bei der Lehrer*innenausbildung an Rheinland-Pfälzischen Universitäten fordern wir einen größeren Fokus auf Pädagogik und Psychologie, sowie auf das Erwerben von sozialen Kompetenzen. Es braucht ganze Lehrstühle für Pädagogik und Lehre im Lehramtsstudium.

Der Universitäts- und Forschungsstandort Rheinland-Pfalz soll weiter ausgebaut werden. Wir brauchen mehr Medizinstudienplätze und auch einen weiteren Ausbau der Universitäten Koblenz und Landau. Zusätzlich zu Trier und Mainz soll der Aufbau einer Unimedizin in Koblenz und Kaiserslautern geprüft werden.

Hochschulen spielen auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft eine besondere Rolle als Orte, an denen sich zukünftige Multiplikator*innen umfassend bilden. Hier muss das Potenzial von Transformationen weiter gefördert werden, durch eine flächendeckende Implementierung von fachbereichsübergreifender Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Lehre. Zugleich müssen die Institutionen mit gutem Beispiel vorangehen und ihre betrieblichen Aufgaben anhand von ökologischen Kriterien ausrichten. Im Forschungsbereich gilt es, innovative

Lösungen für eine sozial verträgliche Implementierung technologischer Neuerungen zu entwickeln. Um die Hochschulen bei diesen Aufgaben zu unterstützen, sollten Nachhaltigkeitsbüros zur Koordination dieser Aufgaben finanziert werden. Eine Berichterstattung über die bisherigen Aktivitäten, sowie die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie unter Einbezug aller beteiligten Statusgruppen sind ebenfalls unabdingbar.

Wir fordern die Abschaffung der Zweitstudiengebühren.

Wir möchten die Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen im Senat stärken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass professorale Mehrheiten nur bei gesetzlicher Pflicht hergestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Studierendenschaft mit einer Vertretung im Präsidium mitwirkt.

Die Hochschulen sollen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Daher fordern wir eine Zivilklausel an rheinland-pfälzischen Hochschulen.